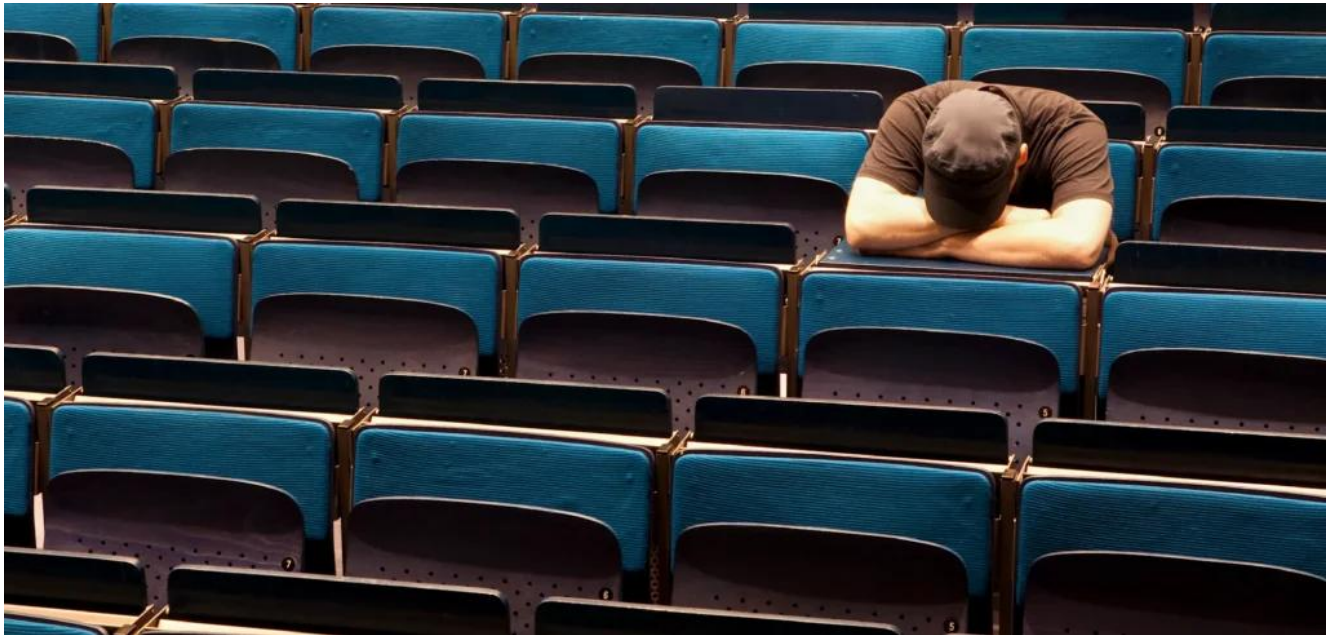


Die immensen Folgekosten der Bildungsverlierer für die Gesellschaft

Category: Blog

geschrieben von Aus fremder Feder | 20. Oktober 2026



Im Schuljahr 2024/25 verließen 8,4 Prozent der Schulabgänger die allgemeinbildenden Schulen ohne mindestens einen Hauptschulabschluss. Das waren knapp 65'000 Jugendliche. Unter den 20- bis 24-Jährigen ist sogar jeder Zehnte weder in [Ausbildung oder Weiterbildung](#) noch in Beschäftigung. Zahlen, die mitunter achselzuckend hingenommen werden. Dabei geht es hier nicht nur um Einzelschicksale. Tatsächlich produziert jede gescheiterte Bildungskarriere für die Allgemeinheit immense Folgekosten.

Wenn Kinder und Jugendliche keinen Zugang zu Ressourcen haben, die für ein gesundes und gutes Aufwachsen relevant sind, kann das nicht nur für sie selbst, sondern auch für Deutschland insgesamt sehr negative Folgen haben. Fehlende Bildungschancen, Armut und gesundheitliche Probleme können den Staat über den Lebensverlauf Hunderttausende Euro kosten. Das belegt ein neues Gutachten des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag von Unicef Deutschland. Die Modellrechnungen zeigen auf, dass ein Kind, das in

sogenannter Deprivation aufwächst, im Laufe seines Lebens 216'500 Euro weniger zu den öffentlichen Haushalten beiträgt als ein Kind ohne Benachteiligung.



WELT-Journalistin
Sabine Menkens

Unter Deprivation verstehen die Autoren Einschränkungen durch finanzielle Engpässe im Haushalt, aber auch den unzureichenden Zugang zu Bildung, sozialer Teilhabe und gesunder Ernährung.

Für ihr Gutachten „Ökonomische Effekte der Deprivation von Kindern und Jugendlichen“ verrechneten die renommierten IW-Bildungsökonominnen Wido Geis-Thöne und Axel Plünnecke die staatlichen Ausgaben für Kinder und Jugendliche in Form von Familienleistungen, Kitas, Schulen und Ausbildungsstätten mit den staatlichen Einnahmen in Form von Steuern und Sozialabgaben, die die späteren Erwachsenen anschließend im Laufe ihres Lebens einzahlen.

Über 300'000 Euro pro Kind für öffentliche Haushalte

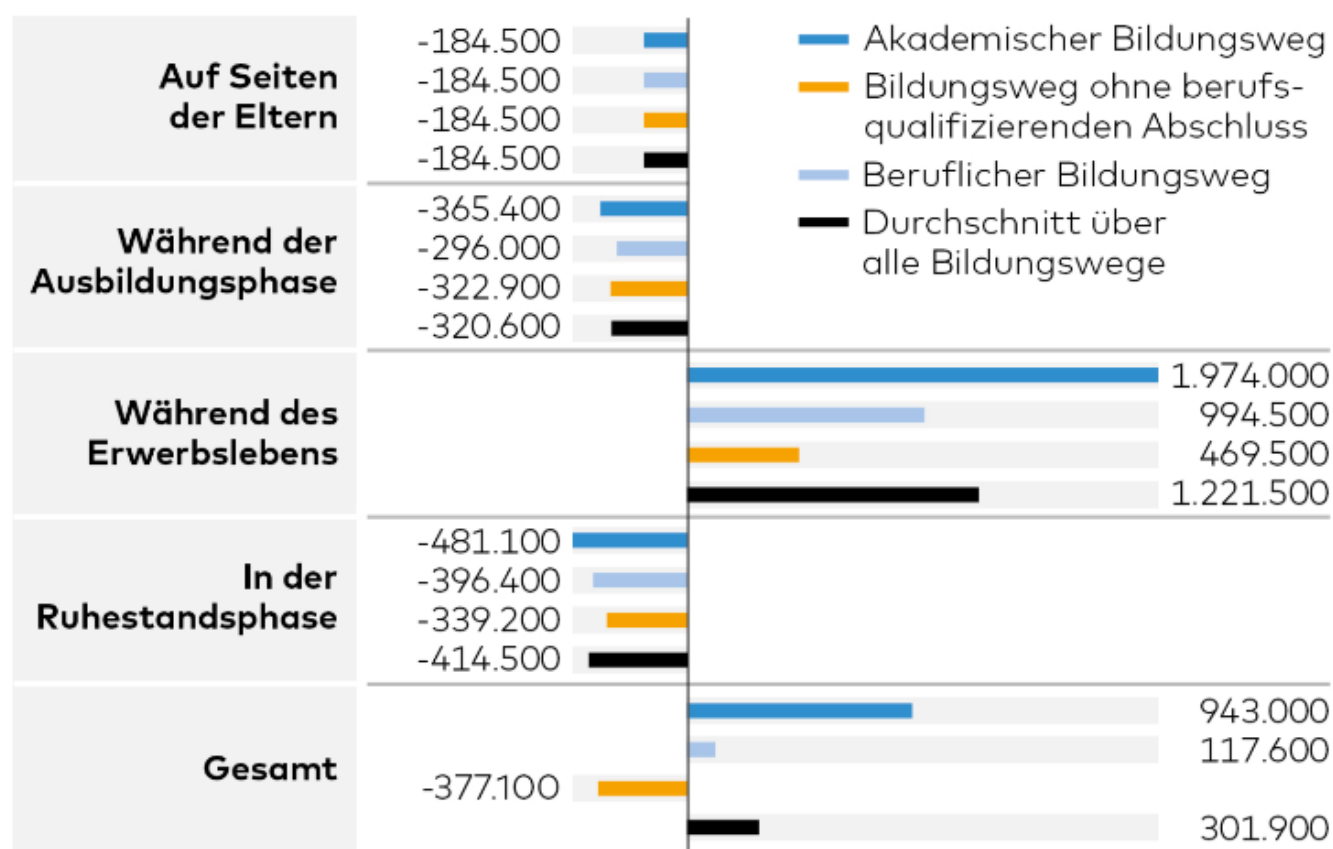
Die fiskalische Bilanz fällt in dieser modellhaften Analyse sehr unterschiedlich aus: Im Durchschnitt trägt ein Kind in Deutschland über sein gesamtes Leben hinweg 301'900 Euro mehr zu den öffentlichen Haushalten bei, als der Staat für das Kind ausgibt. Die Mindereinnahmen aufseiten der Eltern, etwa durch geringere Steuereinnahmen durch Teilzeitarbeit, sind dabei bereits pauschaliert eingerechnet.

Je nach eingeschlagenem Bildungsweg eines Kindes kann die Bilanz stark im Plus oder deutlich im Minus liegen. Schlägt es nach der Schule eine akademische Laufbahn ein, ergibt sich für den Staat eine geschätzte Fiskalbilanz von 943'000 Euro Plus – eine ordentliche Bildungsrendite also. Bei Kindern mit einem

beruflichen Bildungsweg beträgt die Positiv-Bilanz immerhin noch 117'600 Euro. Wird hingegen kein berufsqualifizierender Abschluss erreicht, kippt die Bilanz ins Negative: Diese Kinder kosten den Staat im Laufe ihres Lebens 377'100 Euro mehr, als sie erwirtschaften. Über den Lebensverlauf gibt der Staat für diese Gruppe also deutlich mehr aus, als er einnimmt.

Fiskalische Gesamtbilanzen von Kindern nach Bildungswegen und Lebensphasen

Werte in Euro in Preisen des Jahres 2025



Quelle: Geis-Thöne, 2026

welt

Wie die Studie zeigt, hängt der eingeschlagene Bildungsweg stark von der sozioökonomischen Situation der Familie ab. Finanziell und sozial benachteiligte Kinder besuchen deutlich seltener ein Gymnasium und erreichen viel seltener akademische Abschlüsse als nicht deprivierte Kinder. Der Anteil von jungen Menschen ohne Abschluss und Berufsausbildung ist mit 28,2 Prozent dreimal so

hoch wie in der Vergleichsgruppe.

Auch die Gesundheit von Kindern ist den Modellrechnungen zufolge ein wichtiger Faktor für den späteren Lebensweg. Bei einem durchschnittlichen Bildungsweg eines Kindes ist ein gesunder Lebenswandel – also zum Beispiel regelmäßiger Verzehr von Obst und Gemüse sowie sportliche Aktivität – mit einem fiskalischen Plus von 130'900 Euro gegenüber einem ungesunden Lebenswandel verbunden. Ähnliches gilt für die psychische Gesundheit. Depressionen können langfristig zu einem fiskalischen Minus von bis zu 345'500 Euro führen. Dazu trügen vor allem ihre Auswirkungen auf Erwerbs- und Einkommensverläufe bei, heißt es in der Studie.

“Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, Maßnahmen, die den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen oder ihre gesundheitliche oder soziale Entwicklung fördern, als Investitionen zu betrachten.”

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass ein mit Deprivationen aufwachsendes Kind langfristig 216'500 Euro weniger zu den öffentlichen Haushalten beiträgt als ein Kind, das nicht unter diesen Einschränkungen aufwächst.

Entscheidend sei also, dass es möglichst allen jungen Menschen gelingt, einen berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben und zu physisch und psychisch belastbaren, sozial starken Persönlichkeiten heranzureifen, damit sie “die Wirtschaft voranbringen und zu Stützen der Gesellschaft werden können”, schreiben die Autoren des Gutachtens. “Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, Maßnahmen, die den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen oder ihre gesundheitliche oder soziale Entwicklung fördern, als Investitionen zu betrachten.”

Investieren in Kinder “ökonomisch einfach vernünftig”

Die daraus erzielten Mehreinnahmen in Form von Steuern und Sozialabgaben für die öffentliche Hand, könnten höhere Ausgaben für die Maßnahmen sehr schnell um ein Vielfaches übersteigen. “So hat der Staat letztlich ein starkes wirtschaftliches Motiv, gute Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen im Land zu schaffen”, folgern die Autoren. Allerdings erfordere das

auch politische Weitsicht.

“Wir müssen aufhören, Ausgaben für Kinder nur als Kosten zu betrachten – wir sollten sie als dringend nötige Investitionen sehen“, kommentiert der Unicef-Vorsitzende Graf Waldersee das Gutachten. Jedes Kind habe ein Recht auf [Bildung](#), Gesundheit und ein gutes Aufwachsen. “Unser Gutachten zeigt: In Kinder zu investieren, und zwar gezielt in die besonders benachteiligten Kinder, ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ökonomisch einfach vernünftig.“ Öffentliche Mittel sollten dort eingesetzt werden, wo sie die größte Wirkung entfalten – bei Kindern, die gezielte Unterstützung brauchen, um ihre Potenziale zu entfalten.



Ökonomische Effekte der Deprivation von Kin- dern und Jugendlichen

Ökonomische Wirkungen und Fiskalbilanz der öffentlichen Hand

Dr. Wido Geis-Thöne

Prof. Dr. Axel Plünnecke

Auftraggeber:

Deutsches Komitee für UNICEF e.V.

Stabsstelle Advocacy, Forschung, Programme in Deutschland

Schumannstraße 18

10117 Berlin

Köln, 29.09.2026

Gutachten

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Für eine alleinige Ausweitung der Sozialtransfers wollen die IW-Gutachter dabei

nicht plädieren. Sie greifen aber den Vorschlag der Kommission zur Sozialstaatsreform auf, Sozialleistungen stärker zu bündeln und vor allem Bildungs- und Teilhabeleistungen unbürokratischer zu gewähren. Angebote sollten Familien mit [niedrigen Einkommen](#) möglichst unmittelbar kostenfrei offenstehen, anstatt dass Eltern zunächst Geld beantragen und abrechnen müssen. Zudem sollten Kitas und Schulen mit besonders vielen Kindern aus sozial belasteten Familien personell besser ausgestattet werden, um zusätzliche Bildungs-, Freizeit- und Teilhabeangebote zu machen. Sie könnten auch zu Familienzentren ausgebaut werden, um Unterstützungsangebote möglichst niedrigschwellig anbieten zu können.

Die Politik müsse bei Haushaltsverhandlungen stets im Blick haben, dass aus der besseren Entwicklung der Kinder und Jugendlichen langfristig über höhere Steuern und Abgaben und weniger Ausgaben, etwa im Gesundheitssystem, substanzielle Mehreinnahmen für die öffentliche Hand entstehen, appellieren die IW-Autoren. "In diesem Fall sollten die entsprechenden Strukturen auch bei starkem Spardruck aus ökonomischer Sicht noch weiter ausgebaut oder zumindest beibehalten werden, da sie längerfristig helfen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren."

[**Sabine Menkens**](#) berichtet für die WELT über gesellschafts-, bildungs- und familienpolitische Themen.